

BMJ – I 3 (Unternehmens- und Gesellschaftsrecht)

**Dr. Matthias Potyka, LL.M.**  
Sachbearbeiter[matthias.potyka@bmj.gv.at](mailto:matthias.potyka@bmj.gv.at)  
+43 1 521 52-302133  
Museumstraße 7, 1070 WienE-Mail-Antworten sind bitte unter Anführung der  
Geschäftszahl an [team.z@bmj.gv.at](mailto:team.z@bmj.gv.at) zu richten.An  
die Empfänger des Verteilers

Geschäftszahl: 2022-0.246.310

**Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Übernahmegesetz und das  
Gerichtsgebührengesetz geändert werden  
Versendung zur allgemeinen Begutachtung**

Das Bundesministerium für Justiz übermittelt den oben angeführten Entwurf und ersucht  
um allfällige Stellungnahme bis spätestens

**4. Mai 2022**per E-Mail an die Adresse [team.z@bmj.gv.at](mailto:team.z@bmj.gv.at).

Es wird gebeten, die Stellungnahme auch dem Präsidium des Nationalrats zu übersenden,  
und zwar

- die Bundesministerien über die ELAK-Schnittstelle,
- alle anderen Stellen über die Internetseite  
<https://www.parlament.gv.at/PERK/BET/VPBEST/#AbgabeStellungnahme>.

Soweit dieser Entwurf den Landesgerichten oder Teilorganisationen direkt übermittelt wird,  
werden diese gebeten, ihre allfällige Stellungnahme der jeweils übergeordneten  
Organisationseinheit eine Woche vor Ende der Begutachtungsfrist für eine allfällige  
konsolidierte Stellungnahme zu übermitteln.

Die Aussendung dient gleichzeitig als Übermittlung im Sinne des Art. 1 der Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden über einen Konsultationsmechanismus und einen künftigen Stabilitätspakt der Gebietskörperschaften, BGBI. I Nr. 35/1999; die Stellungnahmefrist im Sinne dieser Vereinbarung endet vier Wochen nach Zustellung.

5. April 2022

Für die Bundesministerin:

Dr. Georg Kathrein

Elektronisch gefertigt